

CORONAVIRUS
INFO-SERVICE FÜR **BETRIEBE**



Klimaneutralität: WKÖ drängt auf raschen Start der Transformation

Generalsekretär Kopf und Umweltexperte Streitner nennen vier Voraussetzungen, die die Unternehmen für Investitionen in Klimaschutz brauchen

08.11.2021, 16:17



© WKÖ

Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen ist der Weg zur Klimaneutralität vorgezeichnet. Das erfordert eine Transformation in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, denn Österreich muss seine Emissionen bis 2030, also innerhalb von neun Jahren, fast halbieren. "Die Betriebe sind bereit für die Transformation und wollen investieren – sei es in Energieeffizienzmaßnahmen, in innovative, klimafreundliche Produkte oder neue Produktionstechnologien. Sie scharren sozusagen in den Startlöchern, aber sie brauchen noch die entsprechenden Rahmenbedingungen, um die Transformation auch tatsächlich in die Tat umsetzen zu können", sagte Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), im Rahmen eines Pressegesprächs, das er gemeinsam mit dem neuen Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ, Jürgen Streitner, führte.

Die WKÖ hat dabei vier wichtige Rahmenbedingungen identifiziert, die Unternehmen für ihre Investitionen brauchen. Diese lauten neue, innovative Finanzierungsmodelle, ein besserer Zugang zu klimaneutralen Energien, eine Infrastrukturoffensive sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

"Die größte Herausforderung sind nicht allein die Kapitalkosten der Investitionen, sondern die Betriebskosten von klimafreundlichen Technologien.

Daher brauchen wir neue und innovative Finanzierungsmodelle, um diese Nutzungskosten wettbewerbsfähig zu machen“, konkretisierte Umweltexperte Streitner. Die WKÖ fordert daher die Einrichtung eines nationalen “Transformationsfonds” für die Wirtschaft – ähnlich, wie ihn die Regierung vor einem Jahr bereits angekündigt hatte: “Hier muss es eine rasche Umsetzung unter Einbindung der Wirtschaft geben“, mahnte Streitner.

Gleichzeitig muss der Zugang zu klimaneutralen Energien massiv und rasch ausgebaut werden, wofür die Umsetzung des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) an Tempo gewinnen, eine Wasserstoff- und CO2-Recyclingstrategie erstellt werden sowie das Potenzial von Grünem Gas genutzt werden muss. “Das EAG setzt hauptsächlich auf Strom – das Thema Gas fehlt weitgehend. Es braucht ein umfassendes nationales Gas-Paket mit klaren Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit für die Hebung der Potenziale von Grünem Gas. Denn damit die Dekarbonisierung gelingt, müssen erneuerbare Energien in ausreichenden Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen vor Ort vorhanden sein“, erklärte Streitner.

Infrastrukturoffensive durch raschere UVP-Verfahren vorantreiben

Als dritte wichtige Maßnahme sehen Kopf und Streitner den raschen Start einer Infrastrukturoffensive. Schließlich setzt der Ausbau der erneuerbaren Stromproduktionskapazitäten auch voraus, dass die übrige Infrastruktur (Speicher, Netze, Leitungen) mitwächst. Ein Nadelöhr für den Infrastrukturausbau sind allerdings UVP-Genehmigungsverfahren: “Mit Verfahrensdauern von fünf bis zehn Jahren für Großprojekte schaffen wir weder die Energiewende noch die Mobilitätswende. Die faktische Genehmigungsdauern für große Projekte muss deutlich verkürzt werden“, so Streitner. Die WKÖ fordert daher besser strukturierte Verfahren, in denen Vorbringen nicht zurückgehalten werden dürfen, sondern innerhalb eines bestimmten Zeitplans zu erfolgen haben. Zusätzlich sollten Projekte von hohem öffentlichem Interesse prioritär behandelt werden.

Eine Infrastrukturoffensive muss außerdem den Ausbau der Güterbeförderungskapazität auf der Schiene beinhalten. Dafür benötigt es unter anderem ein Hochleistungsstreckennetz mit vierspurigen Trassen auf den Hauptstrecken.

Eine wichtige Voraussetzung, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, seien globale Ansätze, die zudem die Wettbewerbsfähigkeit stärken. “Eine Dekarbonisierung kann nur gelingen, wenn die Unternehmen nicht durch ungleichen internationalen Wettbewerb aus dem Markt gedrängt werden. Die deutsche Bundesregierung hat daher eine internationale Allianz für Klima, Wettbewerbsfähigkeit und Industrie vorgeschlagen. Diese soll einen CO2-Zoll einheben, wenn Länder Wettbewerbsvorteile durch geringe CO2-Kosten lukrieren. Diesen Vorschlag sollte auch Österreich auf europäischer Ebene unterstützen, anstatt auf unilaterale CO2-Zölle zu setzen“, sagte Streitner.

Wichtig sei jedenfalls, rasch zu handeln: „Wir müssen jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, die die Betriebe so dringend brauchen, um ihre klimarelevanten Investitionen starten zu können. Ansonsten kommt die Energiewende zu spät“, so Kopf abschließend.

Das könnte Sie auch interessieren



Lehrlingsbilanz Gesamtjahr 2021: Mehr Anfänger und klarer Aufwärtstrend

4,8 Prozent Plus im ersten Lehrjahr - WKÖ-Kühnel: „Lehre ist im Aufwind“ - AustrianSkills als Qualifikation für Berufs-WM Shanghai und EM St. Petersburg [➤ mehr](#)



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 36/2021

Ausgabe 29. Oktober 2021 [➤ mehr](#)



WKÖ-Kühnel: „Pflichtfach Digitale Grundbildung ist zukunftsweisend für Österreich“

Einführung ab Schuljahr 2022/23 erfüllt langjährige WKÖ-Forderung– Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen muss bei digitalen Kompetenzen Schritt halten [➤ mehr](#)